

20.03.96

Antrag

der Abgeordneten Lödermann, Kamm, Köhler Elisabeth, Sturm
und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

**Belege für die Behauptung in Gundremmingen würden
gewalttätige und linksextremistische Aktionen vorbereitet
oder Ehrenerklärung insbesondere für die Mitglieder der
Mahnwache Gundremmingen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre anlässlich der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 1995 gemachte schwerwiegende Behauptung, beim Widerstand in Gundremmingen gegen die Atomenergie und die CASTOR-Transporte würden neuerdings gewaltbereite Gruppen eine Rolle spielen, glaubhaft zu belegen oder aber insbesondere für die Mitglieder der Mahnwache Gundremmingen, die seit annähernd 10 Jahren in Gundremmingen gegen die gefährliche Atomenergie, gegen die brisanten Atomtransporte und gegen den Einsatz plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstands einschließlich öffentlicher und angekündigter Formen des zivilen Ungehorsams protestieren, eine Ehrenerklärung abzugeben.

Ich rufe auf:

Plenarprotokoll 13/51 v. 27.06.96

Tagesordnungspunkt 31

Antrag der Abgeordneten Lödermann, Kamm, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Belege für die Behauptung, in Gundremmingen würden gewalttätige und linksextremistische Aktionen vorbereitet, oder Ehrenerklärung insbesondere für die Mitglieder der Mahnwache Gundremmingen (Drucksache 13/4424)

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Kamm das Wort. Bitte, Herr Kollege. – Ich mache noch einmal darauf aufmerksam: 15 Minuten Redezeit pro Fraktion.

Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Man kann ja der CSU dankbar sein, daß sie diesen Antrag, den wir im Innenausschuß ausgiebig diskutiert haben und den wir selber gar nicht im Plenum diskutieren wollten, hochgezogen hat, weil so noch einmal klargestellt wird, daß es nicht angeht, Bürgerinitiativen, die vor Ort eine bewundernswerte Arbeit machen, einfach so mit einer Presseerklärung, mit einer Pressekonferenz zu kriminalisieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Worum geht es, und was ist passiert? – Bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichts 1995 hat der bayerische Innenminister Dr. Beckstein behauptet, daß in Gundremmingen, am Standort von Deutschlands größtem Atomkraftwerk, gewalttätige und linksextremistische Aktionen vorbereitet würden. Das stand in der Zeitung.

Da ich nun auch seit vielen Jahren in Gundremmingen mit diesen Bürgerinitiativen zusammenarbeite,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Weiß (CSU))

habe ich dort angerufen und gefragt: „Was ist denn Sache? Bisher hat es das ja nie gegeben, daß dort Gewalttätigkeiten ausgeübt wurden. Gibt es Anzeichen dafür?“ – Mir wurde nichts dergleichen berichtet.

Ich habe daraufhin den Antrag gestellt, daß entweder von seiten des Innenministeriums Belege für diese Behauptung, daß sich dort gewalttätige Kräfte formierten, vorgelegt werden oder aber eine Ehrenerklärung für die Personen dort in Gundremmingen abgegeben wird.

Wir haben dann im Ausschuß gesessen. Ich war gespannt, was passieren würde, und ich muß sagen: Ich habe bis heute keinerlei Belege bekommen, keinerlei Hinweise darauf, daß dort gewalttätig gearbeitet würde. Ich denke, daß sowohl die Staatsregierung als auch die CSU gut beraten sind, jetzt herzugehen und entweder ihre Karten auf den Tisch zu legen oder aber eine Ehrenerklärung für diese Menschen abzugeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Kollege Heike. Ich erteile ihm das Wort.

Heike (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Es ist schon erstaunlich, Herrn Kollegen Kamm hier sagen zu hören, er habe keine Belege für Gewalt oder für Gewaltverherrlichung bekommen. Lieber Kollege Kamm, Sie haben ja selber gesagt, Sie seien in der Sitzung dageigewesen. Jeder, der lesen kann, hätte das auch dem Protokoll noch entnehmen können. Wir sind aber gern bereit, das für Sie noch einmal etwas näher zu dokumentieren.

Ihr Antrag verlangt eine Ehrenerklärung für Gruppierungen, die in Gundremmingen aktiv waren und sind; das geben Sie selber zu. Wie weit eigentlich ist die Geschichtslosigkeit bei dem Antragsteller oder bei den Antragstellern schon gediehen? Hier soll eine Ehrenerklärung für Gruppen abgegeben werden, die zu Straftaten aufrufen, Herr Kollege Kamm, die bewußt Rechtsverletzungen ankündigen. Ich will Ihnen gern nochmals – „nochmals“ muß man hier sagen – einige Beispiele für das geben, was wir hier zur Kenntnis nehmen konnten.

Da gibt es einen Aufruf zur „Demontage und zur Schienendemontage“ am 03.03.96. In der Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ – Ihnen sicherlich sehr gut bekannt – wird in einem ganzseitigen Aufruf sogar verlangt, daß man zur Demontage schreitet. Damit Sie es noch einmal besonders deutlich hören, erlaube ich mir zu zitieren. In dieser Zeitung steht folgendes:

Wir bereiten uns am Samstag auf die Aktion vor. Nach einem stärkenden Frühstück werden wir die Schiene demontieren.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Schienendemontage benutzen wir einfache Geräte wie Seile, Steckschlüssel, Schubkarren, Spa-

ten und Schaufeln. Schön wäre es, etwas für und mit Kindern zu machen.

Meine Damen und Herren, ein solcher Aufruf kann ja wohl wirklich nicht mehr verharmlost werden.

(Beifall bei der CSU)

Aber, Kollege Kamm, es geht noch weiter. Es wird sogar bewußt zu den Straftaten angestiftet und aufgerufen. Wenn Sie das hier nicht kennen – wir kommen später noch einmal auf Ihre Äußerungen zurück –, dann, muß ich sagen, haben Sie aber wirklich nicht aufgepaßt. Es heißt dort wortwörtlich:

Bei der Demontage des Schienenstrangs handelte es sich juristisch natürlich um eine Sachbeschädigung nach § 303 StGB, die mit einer Geldbuße oder Freiheitsstrafe geahndet wird. Der Aufruf zur Demontage kann nach § 111 als Aufruf zur Straftat wie die gemeinschaftliche Sachbeschädigung selbst geahndet werden.

Jetzt kommt es:

Die Wahrscheinlichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung wird aber geringer, je mehr Menschen mitmachen.

Herr Kollege Kamm, was ist das anderes als Anstiftung zu einer Straftat?

(Zustimmung bei der CSU)

Es geht noch weiter. Damit auch noch den letzten Skrupeln, vielleicht finanzieller Art, Rechnung getragen wird, heißt es dort – ich zitiere wieder –:

Im Falle zivilrechtlicher Schadensersatzforderungen würde die Haftung bei möglichst vielen Teilnehmern in einem überschaubaren Rahmen bleiben. Durch Bürgschaften kann das Risiko auf viele verteilt werden.

Schließlich heißt es dort – Herr Kollege Kamm, das ist das Süppchen, das Sie so gern kochen möchten –:

Strafverfolgung und Prozesse werden wir auch politisch zu nutzen versuchen.

(Dr. Weiß (CSU): Aha!)

Das zeigt hervorragend, wie „ehrenwert und edel“ hier gearbeitet worden ist, Kollege Kamm. Für diese Leute wollen Sie eine Ehrenerklärung. Ich frage mich: In welcher Gesellschaft leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der CSU)

Interessant ist auch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ziel der Handlung ist ein Schienenstrang, ein Gleis, auf dem Atomülltransporte fahren. Was ist, wenn dort etwas passiert? Wenn ich daran denke, was uns die GRÜNEN über Atomkraft und deren Gefahren gesagt haben und daß hier randaliert wird, dann muß ich

sagen, daß das verantwortungslos ist oder man Ihre Argumente nicht mehr ernst nehmen kann.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Kamm, Sie fordern eine Ehrenerklärung für Menschen, die zu Gewalt aufrufen, Gewalt predigen und Gewalt verherrlichen. Nach Ihren sonstigen Warnungen vor der Atomkraft müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie hier zur Produktion eines GAU aufrufen bzw. gewaltbereiten Menschen sogar noch unterstützend zur Seite treten. Das dürfte nicht die Aufgabe unserer Parlamentarier sein.

(Beifall bei der CSU)

Schlimm, sogar aberwitzig ist – ich könnte Sie auch hier wieder zitieren –, daß der Verfasser solcher Aufrufe von Ihnen, Herr Kollege Kamm, womöglich noch als edel, hilfreich und gut bezeichnet wird.

Richtig ist, daß diese Gewalt gegen Sachen und Menschen gleichermaßen zu mißbilligen ist. Eines kann ich Ihnen auch sagen: Nicht wir stellen irgendwelche angeblich edlen Menschen ins Abseits; hier stellen sich Menschen selbst ein Attest der Gewaltbereitschaft und der Bereitschaft zur Kriminalisierung aus. Hier wird die Rückkehr zum Faustrecht propagiert, und das werden Sie mit uns nicht erreichen können, Herr Kollege Kamm. Wer nämlich dazu auffordert, Sägen und Werkzeuge mitzubringen, der will nicht gewaltfrei demonstrieren, der will Randalen. Wer eine Demonstration in friedlicher Absicht durchführt, der braucht weder eine Säge noch andere Werkzeuge. Wir kennen die Zeiten, in denen dann auch Ketten und Messer mitgetragen worden sind.

Sie müssen sich die Verantwortung zuschieben lassen, wenn Sie solche Situationen, wie Sie sie uns heute wieder schildern, noch belobt haben wollen. Nach diesen Tatsachen können Sie wohl nicht ernsthaft eine Ehrenerklärung für Gewaltprediger verlangen.

(Dr. Weiß (CSU): Strafanzeige!)

Sie sollten sich vielleicht besser distanzieren, anstatt folgendes in der letzten Sitzung zu verkünden – ich zitiere wörtlich Kollegen Kamm –:

Es darf nicht sein, daß man Menschen, die dort protestieren, die in bewundernswerter Weise gewaltfrei mit den Formen des zivilen Ungehorsams Stellung beziehen, in die Ecke linksextremer Gewalttäter stellt.

Das haben Sie am 26.03.1996 erklärt. Ein wahrhaft interessantes Bild.

(Dr. Weiß (CSU): Blöder geht es nun wirklich nicht!)

Die Scheinheiligkeit ist allerdings dann perfekt, wenn Sie zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen unterscheiden wollen.

Jetzt komme ich auf den Vorwurf des historischen Moments zurück. Haben Sie eigentlich nie aus dem

gelernt, was aus den Argumenten der sogenannten Frankfurter Schule und eines Herrn Marcuse wurde, daß nämlich das die Argumentation und die Bereitschaft zur Gewaltdarstellung waren?

(Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht Herr Marcuse, Herr Kollege!)

All diese Menschen, die wir in der Vergangenheit erlebt haben, haben es zwar propagiert, haben es aber nicht verhindern können, daß Leute wie Baader und Meinhof später unter Berufung darauf Kaufhäuser angezündet haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

Gewalt, wie Sie sie hier verherrlichen wollen – –

Kollege Dr. Hahnzog, von Ihnen erwarte ich eigentlich, daß Sie Gewalt genauso ablehnen, wie wir das bisher immer schon taten. Deswegen wundert mich Ihr Einwurf schon.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Diese Gewalt, die Sie mit hervorrufen, die Sie propagieren, wobei Sie Ehrenerklärungen wollen, gehört zu dem Thema, bei dem wir sagen: Wehret den Anfängen; denn Gewalt bleibt Gewalt, egal gegen welches Ziel sie gerichtet ist. Wer Gewalt predigt, Kollege Kamm, der darf sich nicht wundern, wenn er aufgrund dieser Gewalt selbst Schwierigkeiten bekommt.

Wir werden Sie auf jeden Fall darin nicht unterstützen, sondern wir werden dafür sorgen, daß Gewalt weiterhin als verwerflich angesehen wird und eine Straftat bleibt. Wir werden auf keinen Fall in diesem Umfeld irgendwelche Ehrenerklärungen abgeben. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Herr Kollege Kamm hat sich nochmals zu Wort gemeldet. Herr Kollege Kamm, Sie haben noch zehn Minuten.

Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Damit die Frist gewahrt wird, kündige ich an: Namens der Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Lassen Sie mich einen Augenblick unterbrechen. Ich möchte wiederholen, daß von Herrn Kollegen Kamm namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heike, jetzt müssen wir noch einmal darüber reden – ich habe es im Ausschuß getan –, was wirklich in Gundremmingen los ist. In Gundremmingen gibt es seit etwa zehn Jahren eine Mahnwache, die sich zwei Prinzipien verpflichtet fühlt. Das erste Prinzip ist ziviler Ungehorsam gegen eine lebensfeindliche Technik. Das zweite Prinzip ist

Gewaltfreiheit. Die Gewaltfreiheit ist klar definiert. Es wird keine Gewalt gegen Menschen, keine menschenbedrohende oder menschenverletzende Gewalt angewandt oder zugelassen. Klipp und klar! Alle Aktionen, die stattfinden, finden nicht –

(Dr. Weiß (CSU): Aber wenn der Zug entgleist, und es passiert etwas?)

– Herr Dr. Weiß, ich komme gleich auf den Zug. Als alter Bahnliebhaber werde ich Ihnen die nötigen Worte dazu sagen. Sie werden wohl nicht verhehlen – lassen Sie mich das salopp sagen –, die größten Schienendemonierer Bayerns waren doch die CSU und die CSU-Regierung, die eine Nebenstrecke nach der anderen stillgelegt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Aber das bereden wir noch in einem anderen Zusammenhang.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Spänle (CSU))

Ich werde Ihnen gleich erklären, um was für ein Gleis – Herr Spänle, schlagen Sie doch nicht so viele Späne, das ist doch schlecht für Ihre Gesundheit. – Ich komme zurück, um Ihnen zu erklären, was das für Menschen in Gundremmingen sind.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Spänle (CSU))

Die Mahnwache hat sich dem Prinzip verpflichtet: Erstens ziviler Ungehorsam unter Einsatz von persönlichen Nachteilen gegen eine lebensfeindliche Technik, zweitens Gewaltfreiheit, was heißt: Wir bedrohen und verletzen keine Menschen.

(Dr. Weiß (CSU): Nur Schienen!)

Drittens – das füge ich dann vielleicht auch hinzu –, wir arbeiten öffentlich. Das sind keine Menschen, die nachts kommen und im Schutze der Dunkelheit irgendwelche Aktionen durchführen,

(Dr. Weiß (CSU): Solche gibt es auch!)

sondern das sind Menschen, die sagen: Das ist eine lebensgefährliche Technik; hier geht es um Atommüll, um das Produzieren von zwei Kilogramm Plutonium täglich, solange das Atomkraftwerk Gundremmingen in Betrieb ist. Da setzen wir uns auf die Schienen, haben Schraubenschlüssel dabei und schrauben – ganz öffentlich angekündigt – etwas ab. – Meine Damen und Herren, Herr Lode, es hat in Gundremmingen noch nie – ich fordere Sie auf, Belege zu bringen –

(Unruhe bei der CSU)

wirklich Verurteilungen wegen Sachbeschädigung gegeben. Das will ich ganz klar sagen; das ist wichtig festzustellen. Im Ausschuß habe ich das bereits getan, und ich

wundere mich, daß Herr Heike hier versucht, falsche Eindrücke zu erwecken.

Es handelt sich nicht um ein öffentliches Bahngleis. Ich persönlich und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen entschieden jeden menschengefährdenden Anschlag auf Bahngleise ab. Sie kennen die berühmten Wurfanker und dergleichen mehr. Hier handelt es sich um ein Industriegleis, das nur dann benutzt wird, wenn Atombrennelemente weggefahren werden. Dort haben sich die Menschen der Mahnwache aufgerafft und haben gesagt: Wir blockieren das Gleis, und wir kündigen auch an, daß wir entweder Muttern demontieren oder daß wir mit den Händen – das war teilweise rührend zu sehen – Schotter unter den Schienen hinwegziehen.

(Freiherr von Redwitz (CSU): Sind das Straftaten oder nicht?)

– Herr von Redwitz, ich möchte das einmal einordnen. Ich habe mir etwas anderes angeschaut. Es gibt eine Bürgerinitiative in Nesselwang, die darum kämpft, daß der Durchgangsverkehr nicht mehr durch Nesselwang führt, sondern daß eine Autobahn um Nesselwang herum gebaut wird.

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Spänle?

Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schnell und kurz, ich habe nur zehn Minuten.

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Bitte, Herr Kollege Spänle.

Dr. Spänle (CSU): Sehr schnell, Kollege Kamm. Gehe ich recht in der Annahme, daß Sie aufgrund Ihrer sehr differenzierten Gewaltargumentation Gewalt gegen Sachen als Mittel der Politik rechtfertigen?

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Bitte, fahren Sie fort.

Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man wundert sich manchmal, wie holzschnittartig Leute, die sogar promoviert haben, hier versuchen zu argumentieren.

(Unruhe bei der CSU)

Ich führe aus: In Nesselwang haben vor einigen Jahren – Sie haben die Zeitungsartikel gelesen: „CSU-Leute sind dabei“ –

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Jetzt tun Sie mal bitte Ihre Blätter weg.

Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): – die Bürgerinitiative gesagt: Wir blockieren die Durchgangsstraße von Nesselwang. Wir bauen dort eine Straßenkegelbahn auf, um Druck dahin gehend auszuüben, daß endlich eine

Autobahn gebaut wird. – In der Zeitung stand darüber: „Erst Polizeihilfe machte Demo legal.“ Die Grenzpolizei Pfronten sorgte jedoch zusammen mit dem Landratsamt für die notwendige Legalität, um Konflikte mit den Demonstrierenden zu vermeiden.

(Zuruf von der CSU: Das war eine genehmigte Veranstaltung!)

– Sie war nicht genehmigt. Ich habe das für sinnvoll gehalten, obwohl ich das Anliegen dieser Bürgerinitiative nicht geteilt habe. Sinnvollerweise wurde den Menschen dadurch geholfen, daß diese Aktion nachträglich noch schnell genehmigt wurde, so daß die Leute nicht kriminalisiert wurden.

Meine Damen und Herren, in der CSU hat dieses Vorgehen Tradition. Haben Sie denn schon vergessen, daß sich Ihr damaliger Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit dem Hubschrauber zum Brenner wegen der Lkw-Blockade fliegen ließ? Dort haben Lkw-Fahrer, weil sie andere Verkehrsregelungen forderten, die Straße blockiert. Franz Josef Strauß hat damals seine Solidarität mit diesen Menschen bekundet.

(Dr. Weiß (CSU): Die haben keine Schienen abgeschraubt!)

Ich komme zurück nach Gundremmingen. In Gundremmingen gab es keine Verurteilungen, weil die Menschen nicht, wie Sie das fälschlich behauptet haben, Anschläge auf die Bahn verüben würden. Die Menschen haben demonstrativ gesagt, daß sie sich auf die Gleise setzen werden und sie damit blockieren.

Die Menschen nahmen eine Verurteilung in Kauf. Damit haben sie sich in die Tradition des gewaltfreien Widerstandes des amerikanischen Jesuitenpaters Berrigan begeben. Sie feiern übrigens auch Gottesdienste und sind christlich motiviert. Die amerikanischen Demonstranten sind damals über den Zaun von Atombombenfabriken gestiegen und haben bewußt und angekündigt mit dem Hammer auf die Atomwaffen eingeschlagen. Sie wußten, daß das Sachbeschädigung ist. Sie haben aber dennoch gesagt, daß sie damit demonstrieren, daß hier so großes Unrecht geschieht, dessen Bekämpfung über das Schreiben eines Leserbriefes oder eine Unterschriftensammlung hinausgehen muß.

(Miller (CSU): Es besteht doch wohl ein Unterschied zwischen Atombombenfabriken und einem Kernkraftwerk!)

Deshalb wurde diese Mahnwache geschaffen. Diese Verletzung von Gesetzen ist auch in Verbindung mit den Energieversorgungsunternehmen zu sehen, die zu einem Stromeinspeisegesetz, mit dem vorgeschrieben wurde, wieviel Geld pro Kilowattstunde für die regenerativ erzeugte Energie bezahlt werden muß, deutlich gesagt haben, daß sie sich nicht daran halten werden. Diese Energieversorgungsunternehmen haben damit offen zum Rechtsbruch aufgefordert. Sie gehen mit den Vertretern dieser Unternehmen zum Mittagessen. Hier geht es jedoch um Bürgerinnen und Bürger, die sich auf

die Straße setzen. Sie versuchen, diese Menschen zu kriminalisieren. Ich halte das für grundverkehrt.

Ich wiederhole noch einmal: Diese Menschen haben ihre Aktion angekündigt. Dadurch werden keine Menschen gefährdet. Die Leute nehmen bewußt in Kauf, daß sie damit für sich persönlich Nachteile haben. Einige dieser Demonstranten haben mehrfach für 10, 20 oder 30 Tage im Gefängnis gesessen, weil sie zu Tagessätzen von 15 oder 20 DM verurteilt wurden und nicht bereit waren, das Angebot einer finanziellen Abgeltung dieser Strafe anzunehmen.

(Miller (CSU): Dann sind sie also doch verurteilt worden!)

– Die Leute sind wegen Blockaden und nicht wegen Sachbeschädigung verurteilt worden. Diese Menschen haben gesagt: Wir zahlen die Tagessätze nicht.

(Dr. Weiß (CSU): Dann sollen Sie doch „brummen“!)

Sie sind lieber ins Gefängnis gegangen, um zu zeigen, daß das, was in Gundremmingen geschieht, nicht in Ordnung ist.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich halte es für richtig, daß wir diese Menschen nicht kriminalisieren. Sie können energiepolitisch einer anderen Ansicht sein. Wir dürfen diese Demonstranten jedoch nicht in die gleiche Ecke mit Gewalttätern wie Kaufhausbrandstiftern und Bombenlegern stellen, wie Sie, Herr Kollege Heike, das getan haben. Statt einer Kriminalisierung sollten wir für diese Personen eine Ehrenerklärung abgeben. Alles andere wäre sehr schöfel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Kollege Dr. Hahnzog.

(Dr. Weiß (CSU): Jetzt beginnt das Herumgeiere der SPD!)

Dr. Hahnzog (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich ziehe den Weg eines Diskussionsbeitrags vor, weil damit jedem anderen die Gelegenheit gegeben wird, noch einmal darauf zu erwidern. Die SPD wird sich der Stimme enthalten.

(Dr. Weiß (CSU): Das habe ich mir gedacht!)

Die ungeheueren Ausführungen des Herrn Heike hätten es nahegelegt, daß man diesem Antrag der GRÜNEN zustimmt. Er ist allerdings so wachweich gefaßt und läßt so viele Interpretationsmöglichkeiten, daß wir dieser Darstellung des Sachverhalts keine eindeutige Zustimmung geben können. Ich halte sehr viel vom früheren friedlichen Einsatz der Mahnwache Gundremmingen. In diesen Antrag können jedoch auch andere Initiativen und Gruppen mit einbezogen werden, von denen ich nicht weiß, zu welchen Mitteln sie greifen.

Offensichtlich besteht auch einige Verwirrung über den Begriff „ziviler Ungehorsam“. Ziviler Ungehorsam stellt eine Regelverletzung dar, für die derjenige, der sie begeht, die Folgen in Kauf nimmt. Im Antrag der GRÜNEN wird dieser Begriff jedoch unterschiedlich verwendet. Auch wir meinen, daß Gewalt gegen Sachen nicht gutzuheißen ist, sondern daß diese Gewalt grundsätzlich die gleichen Rechtsfolgen erleidet und daß man in der Art, der Höhe und der Intensität der Reaktion zu unterscheiden hat. Grundsätzlich gehört diese Form der Demonstration auch zur Gewalt. Deshalb wird sich die SPD der Stimme enthalten. Wir bedauern, daß die GRÜNEN keinen klareren Antrag, der eine gute Diskussionsgrundlage abgegeben hätte, eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache. Da die erforderliche Viertelstunde noch nicht abgelaufen ist, schieben wir die Abstimmung noch etwas hinaus.

Beschluß

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Lödermann, Kamm, Köhler Elisabeth
u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Drs. 13/4424, 4499

**Belege für die Behauptung in Gundremmingen würden
gewalttätige und linksextremistische Aktionen vorbereitet
oder Ehrenerklärung insbesondere für die Mitglieder der
Mahnwache Gundremmingen**

A b l e h n u n g.

Der Präsident:

Böhm